November 2015

DIE LINKE

Ortsverband Rottenburg
Hirrlingen Starzach Neustetten
www.die-linke-rottenburg.de

Neues aus dem Neckartal
in Farbe jetzt auch auf
www.tuebingen.die-linke-bw.de

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

„Happige Erhöhungen“ der Strompreise in Rottenburg und Tübingen

Privatkunden subventionieren billige Industrietarife!

Kürzlich haben die Stadtwerke Rottenburg angekündigt, ihre Strompreise im Normaltarif „rostrom classic“ für Privathaushalte um 1,38 Cent auf 25,17 Cent pro Kilowattstunde zu erhöhen. Das soll für den „durchschnittlichen Haushalt“ monatlich vier Euro ausmachen.

Für etwa ein Viertel der Stromkunden der Tübinger Stadtwerke verteuert sich der Grundpreis sogar von 71 auf 102 Euro. SWT-Pressesprecher J. Fritsche rechtfertigt diese „happige Erhöhung“ damit, dass „jeder Stromkunde seinen Anteil an den verbrauchsunabhängigen Netzkosten“ tragen müsse.

Interessant ist, dass beide Stadtwerke ihre Preiserhöhung, die weit über der Inflationsrate liegt, mit drastisch gestiegenen Netzentgelten begründen. Die müssen sie für die Durchleitung des Stroms an die TransnetBW, eine Tochter des EnBW-Konzerns, bezahlen und sind von Stadtwerken nicht zu beeinflussen. Die Durchleitungskosten werden in Tübingen um acht Prozent, in Rottenburg um über 13 Prozent erhöht und betragen jeweils ein Viertel der gesamten Stromkosten für die Privatkunden. In Rottenburg sind dies 5,13 Cent für 25,17 Cent/ Kilowattstunde und machen die Hälfte der Gesamterhöhung aus.

Privatkunden zahlen das Vierfache vom Preis der Industriekonzerne. Mit diesen Erhöhungen haben sich die Strompreise für Privatkunden seit 2002 fast verdoppelt. Ihre Tarife liegen um 45 Prozent höher als im EU-Durchschnitt von 20,.52 Cent/ Kilowattstunde. Das liegt nur zum kleinsten Teil an neuen Stromtrassen und der Energiewende, zum größten Teil liegt es an den Großkonzernen, die mithilfe der Politik für sich Sondertarife durchsetzen und die Umweltzerstörung durch fossile Brennstoffe (z.B. Braunkohle) betreiben. Außerdem ist der Börsenstrompreis seit längerem gesunken, der Profit soll jetzt durch höhere Netzentgelte erreicht werden. Aktuell beträgt der deutsche Industriestrompreis mit 6,27 Cent/ Kilowattstunde und ist um 50 Prozent billiger als der EU-Durchschnitt mit 9,37 Cent/ Kilowattstunde. Privatkunden zahlen also das Vierfache des Preises wie deutsche Industriekunden – Sigmar Gabriel (SPD) macht's möglich!

Foto: N.Kern

Aber die Privatkunden subventionieren nicht nur industrielle Stromfresser wie Aluminium-Werke. Die völlig überzogenen Preise für Privathaushalte ermöglichten, dass seit dem Jahr 2000 über 40 Milliarden Euro an die Aktionäre der vier Stromkonzerne RWE, e.on, EnBW und Vattenfall ausgezahlt wurden.

Die Kehrseite dieser Abzocke der Privatkunden ist die höchste Zahl an Stromsperren: 2014 wurde nach Angaben der Bundesnetzagentur 351.802 Haushaltskunden der Strom abgeschaltet, weil sie die Preise nicht bezahlen >

Lesen Sie weiter:

Eutingen: Klares Nein gegen den Railport Seite 2
Die Haushaltsschwerpunkte der LINKEN 2016 Seite 3
Schwäbische Sparsamkeit oder Fehlplanung Seite 4
Die Mühlen des Rechtsstaats mahlen langsam Seite 5
Frankreichs Mitverantwortung am Terrorismus Seite 7

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

konnten. Gegenüber 2012 ist das ein Anstieg von 31.000 Sperren innerhalb von zwei Jahren. Die Lieferanten drohten sogar 6,3 Millionen Stromkunden, die Leitungen zu kappen.

Eine Energiewende zu Lasten der Privatkunden?
Zuerst CDU und FDP, jetzt haben CDU und SPD eine systematische Bevorzugung der Industrie zu Lasten der Privathaushalte durchgesetzt – ohne jegliche soziale Skrupel, wie die Stromsperren zeigen. Besonders deutlich wird diese Politik am Erneuerbare-Energien-Gesetz. Um angebliche „Wettbewerbsnachteile“ in der EU zu vermeiden, waren 2010 noch 570 Unternehmen von der EEG-Umlage in Höhe von 6,24 Cent/ Kilowattstunde befreit – 2014 waren es mit Gabriels Hilfe bereits 2.098 Betriebe, wie z.B. Tiefkühlkost-Betrieb Frosta, Bärenmilch-Produzent Hochwald Foods und der Braunkohletageabbau von Vattenfall! Diese 2.098 Betriebe verbrauchen 18 Prozent des gesamten Stroms in Deutschland.

Foto: N.Kern

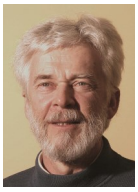
Für Gabriel gilt: Wer besonders viel verbraucht – nämlich mehr als eine Gigawattstunde Strom pro Jahr – braucht nicht für die Energiewende zu zahlen. Eine tolle Logik, weil die Befreiung ja dazu dient, die Einspeisung von Privatproduzenten zu unterstützen und damit die Senkung des CO2-Ausstoßes. Damit erhöhen sich wieder die Kosten für die Privathaushalte. In Rottenburg sind dies für Privatkunden momentan 6,35 Cent pro Kilowattstunde. Eine Rücknahme nur der Preiserhöhungen von den höheren Netzentgelten und der EEG-Umlage würde 0,78 Cent/ kwh von der Gesamterhöhung von 1,38 Cent/kwh ausmachen. Das wäre mehr als die Hälfte der Erhöhung.

DIE LINKE tritt ein für bundesweit einheitlich niedrige Netzentgelte, für eine drastische Reduzierung der EEG-Befreiungen und eine Senkung der Stromsteuer von 2.05 auf 0,1 Cent/ Kilowattstunde! Protestieren Sie gegen die Erhöhung der Netzentgelte und der EEG-Umlage in Ihrem neuen Tarif!
Mindestens die Erhöhung des Netzentgeldes und der EEG-Umlage müssen vom Tisch

Hintergrund:
Die EnBW und die „schwäbische Heuschrecke“ Stefan Mappus
Der Ministerpräsident mit der kürzesten Dienstzeit unseres Landes hat diese Ehrenbezeichnung 2011 für seine finanzielle Glanzleistung, den verfassungswidrigen Rückkauf der EnBW-Anteile vom französischen Staatskonzerne EdF, durch Finanziell Times Deutschland (FTD) erhalten. Eingefädelt von seinem CDU-Parteifreund Dirk Notheis, der zufällig Deutschland-Chef von Stanley-Morgan war, sollte der Rückkauf in Höhe von ca. 5,9 Milliarden Euro über zwei Anleihen finanziert werden, organisiert über die Landestochter Neckarpri GmbH. Mappus erwartete 50 Mio. Euro Überschuss pro Jahr, so dass die Dividendenrendite höher als die Zinskosten seien: „Da staunten die Steuerzahler, und die Ökonomen wunderten sich.“ (FTD, 1.2.2011)

Tatsache ist, dass Neckarpri kürzlich einen Wertverlust von 1,537 Milliarden Euro auf das „neue Rekordtief von knapp 3,4 Mrd. Euro“ bekannt geben musste. Neckarpri hat in diesem Jahr einen Fehlbetrag von 50,6 Mio. Euro als Zinsaufwand für die Schuldenzahlung, die zu einer „bilanziellen Überschuldung“ führen (Stuttgarter Zeitung, 31.10.2015**).**

Nur weil das Land und seine Steuerzahler – also wir! - für dieses CDU-Abenteuer bürgen, muss Neckarpri keinen Bankrott anmelden.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Eutingen: Klares Nein gegen den Railport

58 Prozent gegen Umschlagplatz für Seehafencontainer

Nach monatelangen heftigen Diskussionen stimmten die Eutinger Anfang November in einem Bürgerentscheid über die Frage ab „Sind Sie gegen die Ansiedlung eines Umschlagterminals des Kombinierten Verkehrs (KVT) in Eutingen?“

Bei einer Wahlbeteiligung von 66,3 Prozent – höher als die letzte Bürgermeisterwahl (32,6 %) und die Eutinger Gemeinderatswahl (52,5 %) - gab es ein überdeutliches Nein von 58 Prozent gegen den Railport.
Die Firma Metrans, eine Tochter der Hamburger Hafen Logistik AG, plante die Errichtung eines Verlade-Terminals am Eutinger Bahnhof (wir berichteten). Er sollte als Umschlagplatz für Seehafencontainer von der Straße auf die Schiene (und umgekehrt) dienen. Ziel war die Anbindung des „Hinterlandes“ an den Hamburger Hafen.

Das „Hinterland“ erstreckt sich bis zu den norditalienischen Industriezentren und den Adria-Häfen. Täglich würden bis zu 100-150 LKW-Fahrten erwartet. Im Jahr käme man so auf 25000 bis 30000 Ladeeinheiten, die zu 80% aus Containern aus den Kreisen Esslingen, Böblingen und Göppingen, 12% aus Reutlingen und Tübingen sowie 5% aus Calw und nur 2% aus Freudenstadt bestünden. Dies betrifft einen Einzugsbereich mit einem Radius von 200 km, besonders die Bundesstraßen B 14 und B 28a. In diesem Umkreis wird das Gesamtgewicht für LKW von 40 auf 44 Tonnen heraufgesetzt und das Sonn- und Feiertagsfahrverbot aufgehoben. >

Zum tiefen Bedauern von Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne), für den das Terminal „ein wichtiger Baustein in der Politik der Landesregierung“ ist, wird es damit nun für die nächsten drei Jahre nichts. Denn, so Landesvorstandssprecher Dr. Edgar Wunder vom Verein „Mehr Demokratie“, das Bürgerbegehren hat sich nicht auf die gemeindeeigenen Flächen beschränkt, sondern generell gegen einen Railport in Eutingen gerichtet. Deshalb müsse ihn der Gemeinderat auch auf anderen Flächen verhindern.

Als schlechte Verlierer zeigten sich die Befürworter des Railports wie z.B. Gemeinderätin Anne Meyer. Für sie werde damit jede Entwicklung der Gemeinde gestoppt: „Ein Flecken, der sich auf der Stelle bewegt, droht zu sterben.“ Bürgermeister Armin Jöchle stellte kommunale Zuschussmittel für die Sanierung der Eutinger Halle in Frage, weil der Gemeinde jetzt zwei Millionen Eigenmittel bis 2018 fehlten. Übel beschimpfte Kurt Plathe, Eigentümer der Spedition Kussmaul und Hauptnutznießer des Railports, die Bürger. Mit ihrem klaren Votum hätten sie schon das dritte Großprojekt boykottiert, sie sähen sich wohl als „gallisches Dorf“. In Unkenntnis der offiziellen Fragestellung behauptete er gar, dass sich der Bürgerentscheid nur auf die gemeindeeigenen Flächen bezöge. Deshalb traf er sich gleich nach dem Entscheid zu Geheimverhandlungen mit der Logistikfirma Metrans, um sein Projekt voranzutreiben.

Für die Eutinger heißt das „Wachsam bleiben!“

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Die Haushaltsschwerpunkte der *LINKEN* 2016

Deutschland hat die höchsten Steuereinnahmen seit 1945, sie wachsen im laufenden Jahr auf 671 Mrd. Euro und sind damit um 4,4 Prozent höher als im Vorjahr. Demzufolge geht auch die Landesregierung in ihrer Regionalisierung der November-Steuerschätzung von 100 Mio. Euro Mehreinnahmen für 2016 und von einer Erhöhung der „Kopfbeträge“ aus.

Diese erhalten die Kommunen für ihre allgemeinen Ausgaben pro Einwohner als Landeszuschuss. Für Rottenburg werden sie von aktuell 1.189 auf ca. 1.300 Euro steigen. Rottenburg werden damit 760.000 Euro mehr zur Verfügung stehen als bisher angenommen.
Das ist insofern wichtig, als die Schlüsselzuweisungen des Landes mit 24,6 Mio. Euro und der Gemeindeanteil an den Einkommenssteuern mit 22,3 Mio. Euro auch 2016 über die Hälfte unserer Gemeindeeinnahmen ausmachen.
Weil die Stadt notwendige Investitionen beim Kita-Ausbau und der Schulsanierung jahrelang vor sich hergeschoben hat, muss sie 2016 kräftig investieren: Über 26 Mio. Euro (davon 4,7 Mio. aus ihrer Rücklage) dienen für Sanierungen, Ganztagsausbau an Schulen, Grunderwerb und neue Personalstellen bei Erziehern. Die Stadt wird ihre Rücklagen bis knapp vor die gesetzliche Mindestreserve von 1,66 Mio. Euro zurückfahren und nutzt dies als Argument gegen Haushaltsanträge des Gemeinderats.
Ein besonderes Risiko stellt das „kreditähnliche Rechtsgeschäft“ vom DHL-Desaster mit über acht Mio. Euro dar. Es könnte durch die Umwidmung in ein Wohngebiet (mit mehr Kopfbeträgen) vermieden werden.

***DIE LINKE* sieht ihre Schwerpunkte im Bau von preiswertem Wohnraum, den die Stadtspitze seit Jahren sträflich vernachlässigt hat.** Personen mit Niedrigeinkommen, Arbeitslose, Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind die Leidtragenden einer Wohnungsbaupolitik, die dieses Grundbedürfnis von Privatinvestoren mit Renditeerwartungen von acht Prozent und mehr abhängig macht. **Der Bau preiswerter Wohnungen muss oberste Priorität bekommen!** Deshalb werden wir Mittel für kommunale Wohnungen (städtische Vermögensbildung) oder für eine wesentliche Erhöhung von Rottenburgs Anteil an die Kreisbau beantragen: Zusammen mit den anderen Kommunen im Kreis soll die Kreisbau auch wegen hoher Flüchtlingszahlen (Anschlussunterbringung) flexibel reagieren können und auch in Rottenburg mehr preiswerte Wohnungen anbieten.
Zweiter Schwerpunkt werden notwendige Sanierungen in der Hohenbergschule und im EBG sein, die die Stadt seit Jahren verschiebt.
Einen **dritten Schwerpunkt** wird die Stärkung der Ausbildung von Erzieherinnen sein, indem mehr attraktive PIA-Stellen geschaffen werden. Dort werden sie vom ersten Tag der Ausbildung an bezahlt.
Vierter Schwerpunkt ist der Einstieg in gebührenfreie Kitas, indem das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung für Eltern nichts mehr kostet. Wer diese Notwendigkeit beim Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg noch leugnet, muss mit Blindheit geschlagen sein.

DIE LINKE macht klar:
Angesichts der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) unter Draghi ist der Tanz um das Goldene Kalb der „Schwarzen Null“ volkswirtschaftlich und politisch völlig falsch. Die sozialen Bedürfnisse der Menschen - Wohnen, Erziehen, Bilden - müssen wichtiger sein als das Ziel einer fatale „Nullverschuldung“!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Schwäbische Sparsamkeit oder Fehlplanung?

Haus der Nachbarschaft wird Quartierstreff am Rande

Völlig überraschend legte die Verwaltung dem Gemeinderat am 10. November einen Beschlussantrag für einen „Quartierstreff“ am Sportplatz neben der alten Weilerstraße am Rande des Kreuzerfeldes vor.

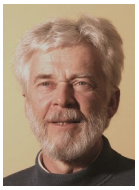
„Die Aussicht auf schnelles Geld zog“, titelte die Rottenburger Post und beschrieb damit das Verhalten von 28 Gemeinderäten, die für die Vorlage stimmten, aber nie nachfragten, warum die Verwaltung seit sechs Monaten nicht mit dem Förderverein für ein Haus der Nachbarschaft über eine gemeinsame Planung spricht – obwohl die Stadt Mitglied des Fördervereins ist. Einzig ***DIE LINKE*** und zwei Freie Bürger stimmten gegen den Beschlussantrag. Am 21. Dezember wird der Förderverein ab 19.30 in der Mensa der Kreuzerfeld-Realschule seine jährliche Mitgliederversammlung abhalten.

Stellungnahme *DIE LINKE* zur Verwaltungsvorlage Quartiers- und Nachbarschaftstreff Kreuzerfeld

Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen!

Diese Verwaltungsvorlage ist mit sehr heißer Nadel gestrickt und enthält in mehrfacher Hinsicht eine Trickkiste mit dem Ziel, möglichst viel Geld für eine Sportplatzsanierung aus einem Bundesprogramm abzugreifen. Das mag aus mancher Perspektive nachvollziehbar sein, kann aber nicht das Hauptmotiv für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung sein.
Zu Recht erwähnt die Verwaltung, dass die Grundschule Kreuzerfeld aus allen Nähten platzt und schon jetzt einen großen Raumbedarf hat, der im nächsten Schuljahr noch wächst, wenn sie Ganztagesschule wird und Schulsozialarbeit eingeführt wird. Deshalb hat nach unseren Informationen die Schulleitung der Stadt deutlich gemacht, dass es gerade für die kleinen Kinder entsprechend dem Motto „Kurze Beine – kurze Wege“ unerlässlich ist, dass die Schulsozialarbeit auf dem Schulgelände selbst stattfinden muss und nicht 400 Meter entfernt, nachdem die Kinder eine der beiden großen Zufahrtswege zum rasant wachsenden Wohngebiet überquert haben: Kinder brauchen einen überschaubaren, gemeinschaftlichen Schul- und Lebensort.
Hier sehen wir die dringliche Aufgabe der Stadt, in naher Zukunft eine partnerschaftliche Lösung mit der Schulleitung zu erarbeiten, die Schulsozialarbeit und Schülerhort miteinander verknüpft. Ohnehin sind die vorgesehenen Räume für den Schülerhort in der Verwaltungsvorlage viel zu knapp bemessen.
Ein besonderer Etikettenschwindel liegt beim Quartierstreff vor, der angeblich für Seniorinnen und Senioren, für Migrantinnen und Migranten gedacht ist und „einen nachbarschaftlichen Zusammenhalt über soziale und ethnische Grenzen hinweg“ fördern soll. Es freut uns, dass die Stadt zur Erkenntnis gekommen ist, ihre jahrzehntelangen Fehler im alten Kreuzerfeld und im Dätzweg zu korrigieren und die Notwendigkeit eines soziokulturellen Zentrums anzuerkennen. Wir sehen darin einen Erfolg der Bürgerinitiative und des Fördervereins, dieses Umdenken herbeigeführt zu haben. Allerdings scheint die Verwaltung vergessen zu haben, dass ihr heutiger Vorschlag eines Quartiertreffs am Rande dieses großen Wohngebietes schon in der Planungswerkstatt im Januar 2015 und dann einstimmig im Vorstand des Fördervereins abgelehnt worden ist, weil gerade ältere Menschen und Personen mit Behinderungen einen Nachbarschaftstreff im Zentrum brauchen und nicht am dunklen Rand eines Wohngebiets mit gefährlicher Straßenüberquerung.
Wenn die Verwaltung es wirklich ernst meint mit „der Nutzung am Nachmittag, am Abend und an den Wochenenden durch andere Gruppen wie Nachbarn, Vereinen, Initiativen, freien Treffs“, um „ein das Gemeinschaftsgefühl im Quartier stärkendes Zentrum zu schaffen“, dann kann das Haus der Nachbarschaft unmöglich an einem Sportplatzrand angesiedelt werden, dann muss es im Mittelpunkt des Wohngebietes auf dem Flurstück 12.608 sein, neben dem ohnehin die vielen jungen Familien mit ihren Kindern spielen und ältere Menschen barrierefrei daran teilhaben wollen. Dort haben sie einen problemlosen Zugang mit einer Bushaltestelle in unmittelbarer Reichweite, ohne vor drängelnden Schülern Angst zu bekommen.

Wir fordern die Stadt auf, diese einmalige Entwicklungschance auf dem Flurstück 12.608 zu nutzen. Das Geld, das sie bei der Verwirklichung dieses Modellprojekts einspart, kann sie getrost für die notwendige Sanierung des Sportplatzes ausgeben und vielleicht sogar noch die guten Anregungen des AK Stadtbildes für ein Landschaftsschutzgebiet aufnehmen. Aus diesen Gründen können wir der Vorlage der Verwaltung in dieser Form nicht zustimmen.
(Es gilt das gesprochene Wort.)



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

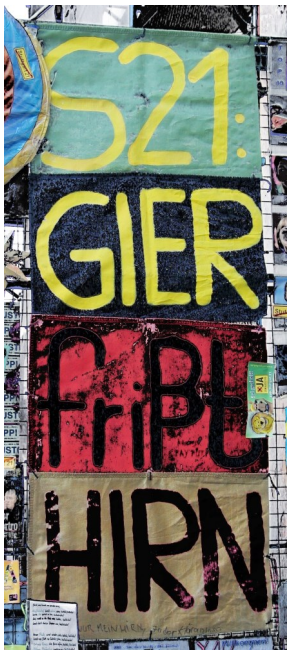
Die Mühlen des Rechtsstaats mahlen langsam

Erfolg für Demonstranten gegen Stuttgart 21

Lange fünf Jahre nach dem brutalen Polizeieinsatz gegen Demonstranten gegen die Baumfällarbeiten im Stuttgarter Schloßgarten erging jetzt ein Urteil. Am 18. November 2015 urteilte das Verwaltungsgericht Stuttgart, dass der Polizeieinsatz zur Räumung des Schlossgartens rechtswidrig war. Bei dem Protest habe es sich um eine Versammlung gemäß Artikel 8 des Grundgesetzes gehandelt, die nicht ohne weiteres beendet werden könne. Der Einsatz sei „überzogen“ gewesen. Deutlicher kann ein Urteil gegen die Polizei nicht ausfallen.

Mehr als 100 Verletzte waren Leidtragende des Polizeieinsatzes am 30. September 2010. Außer Wasserwerfern wurden Schlagstöcke und Pfefferspray eingesetzt. Die baden-württembergischen Polizisten wurden durch Einheiten aus anderen Bundesländer und der Bundespolizei verstärkt. Sieben Opfer klagten gegen den Einsatz, darunter Dietrich Wagner, der durch den Wasserwerfereinsatz nahezu erblindete.

Immer noch ungeklärt ist die Frage, welche Rolle der damalige Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) als Chef einer CDU/FDP-Regierung dabei gespielt hat. Ob er auf einen hartes Vorgehen der Polizei drängte, versucht ein zweiter Untersuchungsausschuss des Land tags zu klären. Mappus wollte gegen den „demonstrativen“ Widerstand von Bürgern den Bau von Stuttgart 21 durchsetzen.



… und das Rechtsempfinden

Der damalige Innenminister Heribert Rech (CDU) fand den Einsatz „erforderlich, rechtmäßig und verhältnismäßig“. Die Polizei wurde mit Kastanien, und Wasserflaschen beworfen. Luft wurde aus den Reifen von Polizeifahrzeugen gelassen. Jetzt wurde sein Rechtsverständnis korrigiert. Seine Reaktion: „Der Einsatz ist aus dem Ruder gelaufen. Das bedaure ich sehr.“ Als damaliger Dienstherr der Polizei übernehme er die politische Verantwortung. Was heißt das nach fünft Jahren und einem Gerichtsurteil? Was heißt das Bedauern des jetzigen Innenministers? (Siehe Kasten) Laut Landesinnenminister Lother Gall (SPD) wird das Land Baden-Württemberg das Urteil akzeptieren.

Das Verwaltungsgericht Stuttgart stellte nun die Rechtswidrigkeit des Vorgehens der Polizei fest. Der Protest der Bürger stellte eine Versammlung dar. Es war keine Verhinderungsblockade. Zwar hätte die Polizei einzelne Straftaten verfolgen können nicht aber die Versammlung auf die gewalttätige Weise beenden. Ihr Vorgehen war unverhältnismäßig. Die Demonstranten leisteten keinen massiven Widerstand.
Die Chancen der Opfer auf Schadenersatz und Schmerzensgeld in Zivilverfahren steigen. Die Opfer hoffen auf eine außergerichtliche Einigung.

Hat sich ihre Ausdauer gelohnt? Was das Materielle betrifft, ist das noch nicht geklärt. Ihr beschädigtes Rechtsgefühl durch den Polizeieinsatz hat gelitten. Der Tag des Polizeieinsatzes ist immer noch ein „Schwarzer Donnerstag“.

In letzter Zeit klagen immer mehr Polizisten über den rüden Umgangston der Bürger ihnen gegenüber. Immer öfter werden sie mit Gewalt konfrontiert. Auch die Polizei greift - das Urteil bestätigt es - gelegentlich zu Mitteln, die rechtswidrig sind. Wenn der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft - er ist Interessenvertreter und deshalb muss ihm einiges nach gesehen werden - das Stuttgarter Urteil vehement kritisiert, dann darf man auch nach dem Ton fragen, den er anschlägt. Natürlich sind Richter nicht unfehlbar, wie Rainer Wendt meint, aber aus der Aussage ergibt sich, dass er das Urteil für ein Fehlurteil hält. Als Privatperson mag Wendt Urteilsschelte betreiben, als Funktionär nach einem begründeten Urteil ist dies sehr fragwürdig und zeigt ein großes Maß an Unbelehrbarkeit. Der Bürger fragt sich, ob er sich von unbelehrbaren Polizisten in Zukunft belehren lassen möchte. Aber es gibt auch sehr bürgernahe und freundliche Polizisten, deren Ermahnung man gelassen entgegennimmt.

„Als Innenminister und oberster Dienstherr der Polizei Baden-Württemberg bedauere ich natürlich, dass durch das unverhältnismäßige Einschreiten der Polizei Menschen zu Schaden gekommen sind.“

Reinhold Gall (SPD). Innenminister Baden-Württemberg

Welches Staatsverständnis hat dieser Ordnungshüter? Herr Wendt hält den Einsatz der Polizei in der erfolgten Form immer noch für verhältnismäßig. Offen bleibt, ob seine Formulierung zur Beruhigung des Bürgers oder als Drohung zu verstehen ist, dass die Polizei ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen wird. „Möglicherweise werden keine Wasserwerfer mehr eingesetzt aus Furcht, von Verwaltungsrichtern belehrt zu werden“.

Norbert Kern

Wendelsheim

Zum Volkstrauertag

Wir wollen keine neuen Gründe für Volkstrauertage!
Wir wollen Volksfriedenstage!
Wir wollen keine "alle erdenkliche" Militärkumpanei!
Wir wollen keine neuen Helden - tot oder lebendig.
Wir wollen keine Auslandseinsätze - in jedweder Form.
Wir wollen keine Waffenexporte. Sie töten und säen Hass.

Dazu brauchen wir eine starke Friedensbewegung, die sich einsetzt für bedingungslose Abrüstung,die vorausdenkt und vorausschaut ohne Kriegsgeschrei.

Die Redaktion dankt für die Abdruckerlaubnis des Leserbriefs von Martha Stirner und Walburg Werner vom Friedensplenum/Antikriegsbündnis, Österbergstr. 2, 72074 Tübingen

60 Jahre Bundeswehr
60 Jahre Widerstand gegen Militarismus

Sechzig Jahre Bundeswehr bedeutet auch sechzig Jahre Widerstand gegen Krieg und Militarismus. ***DIE LINKE*** fordert das sofortige Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ab. Zum 60. Jahrestag der Bundeswehr fordert ***DIE LINKE***, dass das Verbot von Rüstungsexporten im Grundgesetz verankert wird. Die Bundeswehr wird 60. Das bedeutet sechzig Jahre Widerstand gegen Krieg und Militarismus, erklärt *Christine Buchholz, Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstands und verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion* ***DIE LINKE***. Krieg ist eine Hauptursache für Flucht. Die Antwort der Bundesregierung auf Kriegsflüchtlinge ist es, Militäreinsätze zu erweitern und zu verlängern. Deutsche Waffen töten in aller Welt, deutsche Soldatensind von Mali über den Irak bis nach Afghanistan im Einsatz. Sogar am Rande des Syrienkonflikts prüft die Bundesregierung den Einsatzdeutscher Aufklärungs-Tornados.

Es ist zynisch, wenn der konservative ehemalige Bundesverteidigungsminister Jung fordert, Fluchtursachen mit deutsche Militär einzudämmen. Zivile Konfliktprävention, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe haben mit der fortschreitenden Militarisierung der deutschen Außenpolitik so weniggemein wie eine Waffe mit einem Brunnen. Sechzig Jahre nach Gründung der Bundeswehr werden die deutschen Streitkräfte zu schlagkräftigen und weltweit jederzeit offensiv einsetzbaren Armee umgebaut. Das führt zu weiteren teuren Aufrüstungsprojekten. Die Bundeswehr ist damit längst zu einem Instrument außenpolitischer Machtentfaltung und Interessenwahrung geworden.

Text: Informationsdienst der Partei DIE LINKE , 11. November 2015

Ausgabe August 2010

Nichts ist gut in Afghanistan!

Krieg ist keine Entwicklungshilfe und Bomben wecken kein Vertrauen. Abzug der Bundeswehr sofort!

„Mit diesem Satz erregte Margot Kässmann erheblichen Unmut bei den Befürwortern des Bundeswehreinsatzes. Kritiker dieses Krieges der Bundeswehr stimmten ihr zu. Und sie hatten und haben Recht! Acht Monate später ist immer noch nichts besser in Afghanistan. Die Lage sei angespannter geworden und von großen Sorgen sprach ein Generalmajor der Bundeswehr. Es muss laut und deutlich gefragt werden, ob denn mit militärischen Mitteln die ange-strebten Ziele überhaupt erreicht werden können.“

Dies waren die Einleitungssätze unsres Artikels im August 2010. Wir müssen sie leider unverändert übernehmen. Die Situation in Afghanistan hat sich verschlimmert. Von Abzug deutscher Soldaten wird nicht mehr gesprochen. 130 weitere Berater für die afghanische Armee werden geschickt. Flüchtlinge aus Afghanistan suchen bei uns Sicherheit. Weder unsere Sicherheit noch die der Afghanen konnte am Hindukusch verteidigt werden. Kundus ist wieder in den Händen der Taliban - vielleicht auch gerade nicht - und wie viele Terroristen mehr hat dieser Militäreinsatz zur Folge gehabt?

Welche ein Zynismus ist es, Afghanistan als sicheres Herkunftsland zu bezeichen, ein Land dessen Unsicherheit deutsche Truppen mit verursacht haben. Zu differenzieren, welche Gebiete als sicher und welche als weniger sicher bezeichnet werden können, ist an Kaltherzigkeit und Kaltschnäuzigkeit nicht zu überbieten. Es herrscht dort Terror.

Wann wird offen zugegeben, dass die deutsche Politik gescheitert ist. Wer fördert den Erhalt dieser „Spielwiese“ für Militärs und Rüstungsproduzenten?

Mit der gleichen falschen Argumentation und voraussichtlich mit den gleichen Misserfolgen werden Soldaten nach Mali geschickt. Das Kontingent wird auf 650 Soldaten erhöht um Frankreich im Kampf gegen den Terror zu entlasten. Werden nicht noch mehr Terroristen die Folge sein?

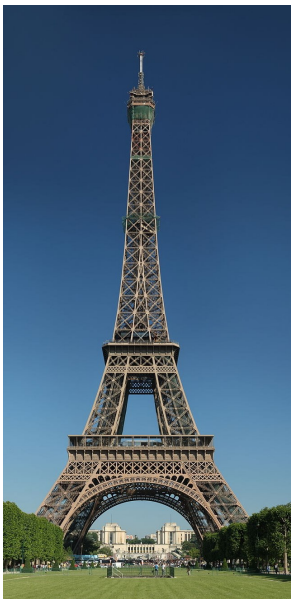
Norbert Kern, Wendelsheim

Frankreichs Mitverantwortung am Terrorismus

Mit Krieg kann Terrorismus nicht besiegt werden

Schonungslos zeigte der Journalist Andreas Zumach im Rahmen der Ökumenischen Friedensdekade in Rottenburg die Mitverantwortung von Frankreichs Politik am brutalen Massenmord des IS in Paris auf.

In Deutschland will Tübingens OB Palmer zusammen mit Horst Seehofer (CSU) eine nebulöse „Obergrenze" für Flüchtlinge und die beiden „christlichen Familienparteien" CDU/ CSU bekämpfen den Familiennachzug. Das ist so absurd, dass selbst Caritas dagegen protestiert: **„Menschen vereinsamen lassen, statt ihnen den elementaren Schutz durch die eigene Kernfamilie zu ermöglichen, lehnen wir entschieden ab", so die Rottenburger Ordinariatsrätin Irme Stetter-Karp.**



Parallel dazu führen in Frankreich der „sozialistische" Staatspräsident François Hollande und sein Premier Manuel Valls eine Gespensterdebatte über einen Krieg gegen die Terrormiliz IS und entdecken, dass die EU-Staaten nach Artikel 42 Abs. 7 des Lissabon-Vertrags angeblich zur militärischen Hilfe verpflichtet seien. Dies lässt sich allerdings weder mit dem EU-Vertrag noch mit dem Völkerrecht begründen, auch wenn die Militärexpertin Ursula von der Leyen etwas anderes behauptet und Sigmar Gabriel (SPD) in vorauseilendem Duckmäusertum sofort für einen Kriegseinsatz ist. **Beide Debatten haben eins gemeinsam: Sie sollen die bohrenden Fragen nach der Bekämpfung der Ursachen für Terrorismus und Flucht verdrängen.**

Seit vielen Jahren betreibt Frankreich gemeinsam mit den USA die Beseitigung missliebiger Regierungen in Asien und Afrika („regime change"), um Einflusssphären, Öl und Rohstoffe für die Konzerne zu sichern. Der gescheiterte Afghanistan-Krieg kostete den Westen 40 Mrd. Euro, der Irak-Krieg brachte ein halbes Jahr nach dem US-Angriff als Ableger von Al-Quaida den IS mit irakischen Ex-Generälen hervor. Mit Hilfe der USA und der Türkei wurde der IS gegen Syriens Herrscher Baschar al-Assad mit Waffen hochgerüstet. **Überall hinterließen diese US-Kriege verbrannte Erde, Hunger und Elend ohne einen Wiederaufbau des Landes. Millionen Menschen werden dadurch in die Flucht getrieben.**

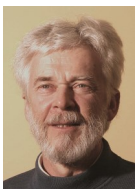
In Mali betrieb Frankreich schon 2013 einen militärischen Alleingang, denn die ehemalige französische Kolonie liegt mitten im „Goldgürtel" von Senegal über Ghana nach Niger und Nigeria. Auch Erdöl, Erdgas, Phosphat, Kupfer und Bauxit (Aluminium!) locken. Größtenteils sollen die Bodenschätze erst zukünftig ausgebeutet werden. Mali ist momentan drittgrößter Goldproduzent des Kontinents, Frankreichs staatlicher Atom-Konzern Areva holt sich das billige Uran noch vom größten Uranförderer Niger. Von diesen Reichtümern profitieren allein die Konzerne, während Malis Bevölkerung zu den ärmsten der Welt gehört.

Das ist der Nährboden für Terrorismus dort und hier in den europäischen Metropolen: 6.000 der 30.000 IS-Kämpfer stammen aus Europa, aus den sozialen Ghettos unserer Hauptstädte mit Jugendlichen ohne Hoffnung und Zukunft. Trotz zahlreicher Jugendrevolten verbessert sich seit Jahrzehnten nichts in den Pariser Vororten, die Ex-Präsident Sarkozy „kärchern" wollte. **Hollandes Aufruf zu einer EU-Kriegsallianz ist Ignoranz gegenüber dieser sozialen Krise.** Ihn stützen französische Intellektuelle, die die Soldaten in ihrem „Einsatz für Demokratie" loben: Denn sie „verhindern die Bildung eines terroristischen Staats im Herzen Afrikas und vor den Türen Europas." (B-H.Levy, 2013)

Für Frankreichs Militärabenteuer in Afrika und im Nahen Osten gründen sich gerade vier Anti-Dschihad-Bataillone, die sich als „Kreuzritter des 21. Jahrhunderts" verstehen. Es sind vor allem Elite-Einheiten der Fremdenlegion, der Fallschirmspringer und Gebirgsjäger, viel Afghanistan-Veteranen, die keinen Sold verlangen und für ihre Kampfausrüstung selbst aufkommen. Jetzt will von der Leyen das deutsche Kontingent von 200 Soldaten im Norden Malis drastisch erhöhen – obwohl dies 80 Prozent der Bevölkerung ablehnen. Denn in diese Länder müssen wirtschaftlich, politisch und sozial stabilisiert werden, statt weitere Waffen zu liefern, die immer in falsche Hände gelangen, so Andreas Zumach in seinem Vortrag.

"Die Menschen werden erst dann nicht mehr zu uns nach Europa fliehen, wenn sie in ihren Herkunftsregionen eine Perspektive und wenigstens ein Mindestmaß an Sicherheit und Versorgung haben – und dazu müssen wir die humanitären Programme vor Ort ausreichend finanziell unterstützen und vor allem endlich die Fluchtursachen wirksam bekämpfen.
Ulla Jelpke, Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Wer bei uns Flüchtlinge in „sichere Herkunftsländer" wie Afghanistan oder Montenegro in die Hoffnungslosigkeit zurückschickt, treibt sie direkt in die Arme des IS!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE"
Rottenburg

Bomben bringen keinen Frieden. Bomben bringen keinen Frieden. Bomben bringen keinen Frieden.

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Wie reagieren?

Gelassen, erregt, ängstlich, fassungslos, mutig, misstrauisch ...

Es ist nicht ganz einfach, für die letzte Seite ein Thema zu finden, das einerseits nachdenklich macht, andererseits aber auch Raum zum Schmunzeln gibt. Sich dem Thema „Terroristische Gefährdung“ zuwenden ist nicht ganz ungefährlich. Nimmt man es ernst, dann gilt man schnell als Panikmacher, nimmt man es locker, gilt man schnell als verantwortungsloser Leichtfuß.

Wir vernehmen zur Zeit starke Worte: Die Gesellschaft muss sich dem Terror vereint entgegenstellen! Es geht um unsere Werte, die wir uns nicht nehmen lassen - von niemandem. Wir müssen Signale setzen. Handlungskonzepte sind zu erarbeiten. Radikalismus in jeder Form ist entgegenzutreten. (Wobei Radikalismus immer nur bei den anderen zu finden ist.) Unsere Werte sind nicht verhandelbar. Welche Werte? - Wir führen Kriege. Wir machen Grenzen dicht, um keine vor Terror flüchtenden Menschen aufnehmen zu müssen. Wenn sie trotzdem einmal da sind, zünden wir ihre Unterkünfte an. (Warum ist die Aufklärungsquote von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte so gering?)

Werden die Lebensumstände in Europa nicht geschönt dargestellt? Ich bin mir nicht ganz so sicher, ob die Beschreibung der Wirklichkeit standhält. Leben wir alle in einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft in der wir selbst entscheiden dürfen, wie wir im Rahmen der Gesetze leben wollen, frei von drohender Arbeitslosigkeit, frei von der Sorge um eine bezahlbare Wohnung, im Alter frei von Armut, frei von ausgerasteten Amokläufern, frei von bedrohlichen Konflikten …?

Zur Verteidigung unseres „Wohllebens“ wird aufgerüstet. Das Personal bei Polizei, Spezialeinheiten, Verfassungsschutz, Ämtern wird verstärkt. Ausrüstung wird ertüchtigt. Die gestiegene Terrorgefahr erfordert es.

Die für die Sicherheit Verantwortlichen wissen zwar oft nicht, warum sie den Rat geben, aber sie sagen: **Bürger passt auf!** - Oh doch, sie wissen es, denn es könnte sein, es wäre möglich, es wird angedeutet, vermutet, es ist angeblich, ausländische Dienste melden unter Vorbehalt …

Auf die angebliche Bedrohung wird reagiert mit realer Freiheitsbeschränkung. Fußballstadien werden geräumt, Spiele werden abgesagt, Ausgangssperren werden verhängt, Transportmittel gesperrt, Stadtteile abgeriegelt, Bistros geschlossen … Und das führt dann zu einer Sicherheit, von der wir genau wissen, dass sie genau so angeblich ist wie die wahrscheinliche ursprüngliche Bedrohung. Aber welcher Tor fragt schon, was wichtiger ist: Freiheit oder Sicherheit. Mehr Kontrolle heißt mehr Sicherheit!

Und wo bleibt das Positive? Sicher haben Sie Ihren Erstehilfekasten mal wieder kontrolliert und die abgelaufenen Pflästerle ersetzt. Sie sollten auch wieder an das Auffüllen Ihrer Notvorräte denken. Vergessen Sie auch Gasmaske und Atropinspritze nicht. Suchen Sie sich einen Job bei einem Sicherheitsdienst. Er garantiert langfristige Beschäftigung. Und sollte Sie doch einmal eine Panikattacke überfallen, sprechen sie gebetsmühlenartig so langsam wie möglich: Ich bin sicher! Ich bin ruhig! … (Siehe Kasten.)

Ich bin sicher!
Ich bin ruhig!
Ich fürchte mich nicht!
Mein Staat schützt mich!
Ich habe Vertrauen!

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:
Kommunaler Arbeitskreis *DIE LINKE* Rottenburg
Mittwoch, 9. Dezember 2015, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14
Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Metzelplatz
Samstag, 30. Januar 2016, 10.00 - 12.00 Uhr
Kommunaler Arbeitskreis *DIE LINKE* Rottenburg
Mittwoch, 3. Februar 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14
Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Metzelplatz
Samstag, 27. Februar 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe: **Montag, 25. Januar 2016**

Weitere Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und entnehmen Sie bitte unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de

Redaktion
Norbert Kern, 72108 Rottenburg - Wendelsheim
Kornbühlstraße 75

V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49